

Wenig Land, wenig Nahrung

Bauernverband prangert Flächenfraß an / Regierung will Trend zum Zubetonieren von Grünland stoppen

Von Walther Rosenberger
Oberndorf. Jeden Tag gehen in Baden-Württemberg landwirtschaftliche Flächen in einer Größe von mehr als neun Fußballfeldern verloren. Sollte der Trend anhalten sehen Experten stabile Nahrungsmittelpreise und die Versorgungssicherheit in Gefahr.

Weltweit werden Wiesen und Äcker zur Nahrungsmittelproduktion knapp. Die Preise vieler Agrarrohstoffe haben sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Jetzt schlagen auch Fachleute in Baden-Württemberg Alarm. »Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in Deutschland und Baden-Württemberg nehmen immer weiter ab«, sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des baden-württembergischen Bauernverbands (LBV), Horst Wenk. In den vergangenen zehn Jahren seien im Südwesten jährlich durchschnittlich rund 4000 Hektar Acker- und Weideland nur wegen neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt worden. Andere Faktoren, etwa Flächenstilllegungen aus ökologischen Gründen, miteingerechnet, sei der Schwund noch größer, sagt Wenk.

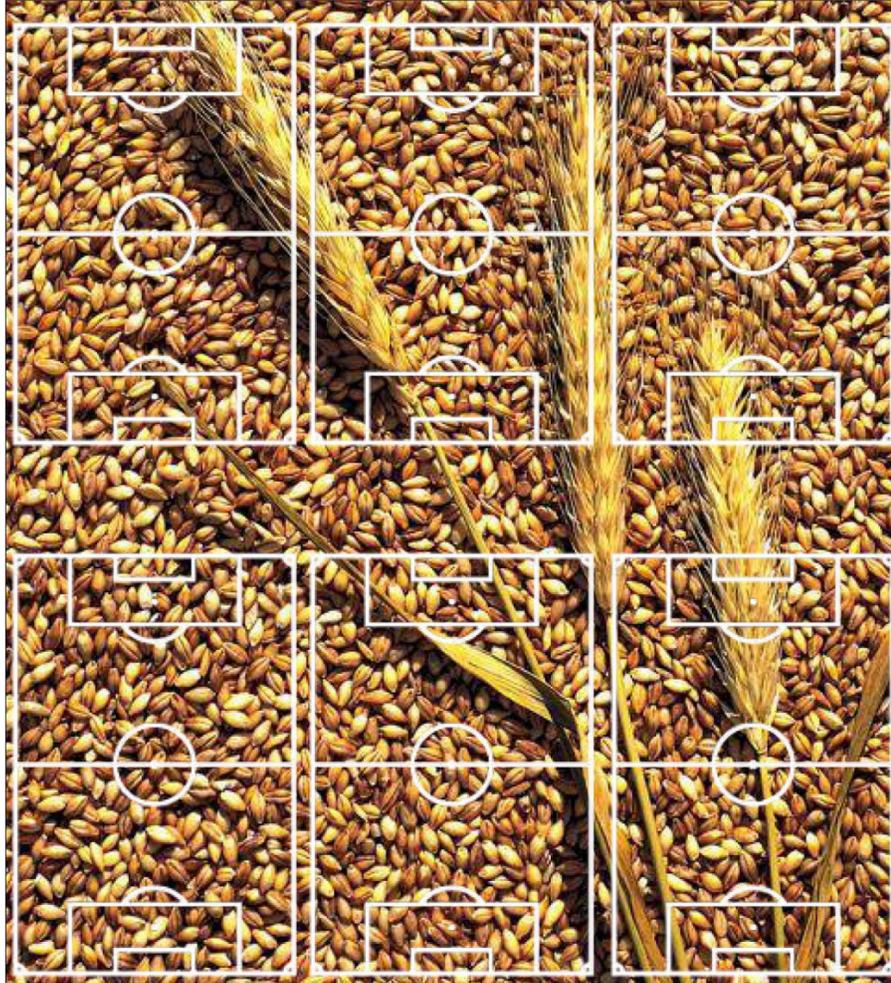
Aktuell habe sich der Flächenfraß zwar verlangsamt, Grund zur Entwarnung gebe es aber nicht, sagt der Fachmann. Aufgrund der seit Jahren angespannten Situation auf den Weltmärkten für Agrarrohstoffe und Lebensmittel, sollte man sich nicht darauf verlassen, dass »immer alles und zu jeder Zeit importierbar ist«. Sollte sich der Trend zu weniger landwirtschaftlichen Flächen verstet-

gen, sieht der Verbandsfunktionär sogar die Stabilität der Lebensmittelpreise und die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung als gefährdet an. Die Weltgetreidevorräte etwa reichten aktuell nur rund zwei Monate, um die Weltbevölkerung zu versorgen.

Auch andere Experten erkennen in wuchernden Industriegebieten, neuen Umgehungsstraßen und der Versiegelung von Grünland ein Problem. Verkehrsadern und Siedlungen belegten im Südwesten schon knapp 15 Prozent der gesamten Landesfläche, sagt Karl Stahr, Professor für Bodenkunde und Standortlehre an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Der Flächenfraß, den auch Stahr seit Jahrzehnten beobachtet, könne nur durch eine Steigerung der Effizienz in der Landwirtschaft kompensiert werden. Mehr Düngen und Bewässern sei in vielen Gebieten aber nicht mehr drin. Der Grund: In puncto Produktivität hat die Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten rasante Fortschritte erzielt. Die Hektarerträge sind stark angestiegen, stagnieren bei vielen Sorten aber seit mindestens einem Jahrzehnt auf hohem Niveau.

Zum limitierenden Faktor wird neben der Nährstoffzufuhr durch Dünger auch immer mehr Wasser. In einigen Regionen im Land sei man beim Thema Bewässerung schon an Grenzen angelangt, sagt Stahr.

Die Landesregierung hat sich des Themas angenommen, zumindest teilweise sind ihr aber die Hände gebunden. Denn wenn es um Bebauungsfragen geht, haben meist die Gemeinden das Sagen. »Die Bauleitplanung liegt in der Hand der Gemeinden«, heißt es aus dem baden-württem-



Mehrere Fußballfelder an Ackerland gehen im Südwesten durchschnittlich jeden Tag verloren.

bergischen Landwirtschaftsministerium. Allerdings setze man aktiv Anreize, um etwa den Bau von Industriegebieten auf der grünen Wiese einzudämmen. Stattdessen werden im Rahmen des Melap-Plus-Programms, Zuschüsse vergeben, wenn sich Investoren entscheiden, Brachen

oder Leerstände innerorts mit neuem Leben zu füllen. Die Landesregierung setze sich mit verschiedenen Maßnahmen »für die Netto-Null beim Flächenverbrauch ein«, sagt Landwirtschaftsminister Alexander Bonde (Grüne). 2010 ist der Flächenverbrauch denn auch auf den niedrigsten Wert

seit Jahren gesunken. Stahr geht das indes noch nicht weit genug. Vor dem Hintergrund knapper werdender Nahrungsmittel müsste man den jährlichen Flächenfraß nicht nur eindämmen, sondern im Gegenteil jährlich mehr Äcker für die Nahrungsmittelproduktion bereitstellen, sagt er.

Arbeitskosten in Deutschland steigen langsam

Berlin. Die deutschen Arbeitskosten sind 2010 deutlich schwächer gestiegen als der EU-Durchschnitt. Nur Irland und Griechenland liegen beim Wachstum der Arbeitskosten hinter Deutschland, wie das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gestern in Berlin mitteilte. Demnach legten die Arbeitskosten in Deutschland im Vergleich zu 2009 um 0,6 Prozent zu. Im EU-Durchschnitt stiegen die Kosten um 1,7 Prozent, im Euro-Raum um 1,6 Prozent. In Griechenland und Irland sanken die Kosten infolge der Krise. Mit 29,10 Euro pro Stunde lag Deutschland 2010 bei den absoluten Arbeitskosten an siebter Stelle. Im EU-Durchschnitt wurden 22,50 Euro pro Stunde für Bruttolohn und Sozialbeiträge gezahlt.

Hansgrohe AG wird zur SE

Schiltach (psh). Der Sanitärhersteller Hansgrohe hat erste Schritte zur Umwandlung von einer Aktiengesellschaft (AG) in eine Societas Europaea (SE), eine europäische Gesellschaft, unternommen. Mit der neuen Rechtsform trage der weltweit tätige Armaturen- und Brausenhersteller mit Stammsitz in Schiltach/Kreis Rottweil der fortschreitenden Internationalisierung seines Geschäfts Rechnung, heißt es aus dem Unternehmen. Auf einer außerordentlichen Hauptversammlung hatten die Aktionäre dem Wechsel zugestimmt. Das bisherige zweistufige Leitungsmodell mit Aufsichtsrat und Vorstand bleibt bestehen. Der Firmensitz wird auch weiterhin in Schiltach bleiben.

Anwälte fordern Aussetzung

Gribkowsky-Verteidiger machen Richtern schwere Vorwürfe

München. Im Prozess um dubiose Millionenzahlungen beim Verkauf der Formel 1 haben die Verteidiger des angeklagten Ex-Bankvorstandes Gerhard Gribkowsky dem Gericht schwere Vorwürfe gemacht. Weil der Angeklagte schon seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt, drückten die Richter zu sehr aufs Tempo und befassten sich nicht gründlich mit der Aufklärung der Vorwürfe, sagte Rechtsanwalt Rainer Brüssow gestern vor dem Landgericht München.

Er sprach von einem »Diktat des Beschleunigungsgebots«. Das Beschleunigungsgebot er-

gibt sich aus dem Grundgesetz und verpflichtet die Justiz, eine unnötig lange Untersuchungshaft zu vermeiden. Mit einem Antrag auf Aussetzung des Verfahrens scheiterten die Verteidiger aber. Dafür gebe es keine Veranlassung, entschied die Richter, da sich an den Umständen des Verfahrens nichts Wesentliches geändert habe.

Für Gribkowsky ist der Prozess nach den Worten seines Anwalts mit dem hohen Verhandlungstakt von zwei bis drei Tagen pro Woche eine enorme Belastung. Regelmäßig müsse er an den Verhandlungstagen stundenlang in



Gerhard Gribkowsky leidet in der Haft. Foto: Leonhardt

den »Katakomben« des Justizgebäudes ausharren. Zugleich forderten die Verteidiger erneut die Freilassung des Angeklagten.

EU-Kommissar: Galileo wird teurer

Satellitennavigationssystem soll sieben Milliarden Euro kosten

Brüssel. Bau und Betrieb des europäischen Satellitennavigationssystem Galileo sollen von 2014 bis zum Ende des Jahrzehnts sieben Milliarden Euro kosten. Industriekommissar Antonio Tajani spreche davon, die Kosten in dem Zeitraum bei dieser Summe zu deckeln, sagte Klaus-Dieter Scheurle, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, gestern in Brüssel. Ursprünglich waren für das Galileo-System, mit dem Europa die Vormacht des US-amerikanischen GPS (»Global Positioning System«) brechen will, Kosten von 3,4 Mrd. Euro eingeplant. Immer wieder brachten Ver-

zögerungen im Zeitplan und Kostensteigerungen Galileo in die Kritik. Der Betrieb war eigentlich schon für 2008 geplant. Galileo soll weltweit metergenaue Positionsbestimmungen ermöglichen. Dies soll nicht nur dem Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft helfen, sondern auch der Industrie und der Landwirtschaft.

Die Navigationsdienste sollen nun 2014/2015 starten, sagte Scheurle. Die Kosten für den Aufbau seien in dem Siebenjahreszeitraum von 1,9 auf 1,4 Mrd. Euro gesenkt worden. Deutschland stehe hinter dem Projekt, erwarte aber,

dass die Deckelung eingehalten werden könne. Die Bundesrepublik ist der größte Finanzier des EU-Projektes, außerdem entwickeln und bauen deutsche Unternehmen die Satelliten.

Teurer als der Bau der Satelliten kommt allerdings der Betrieb des Systems: 800 Mio. Euro jährlich sind dafür von 2014 bis 2020 eingeplant. Ist das System aktiv, könnten laut Kommission jährlich 80 Mio. Euro in die EU-Kasse fließen. Nach früheren Angaben liegen die Schätzungen für die positiven Auswirkungen des Galileo-Systems bei insgesamt 90 Milliarden Euro.

Beirat nominiert Jochen Homann

Bonn. Der bisherige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Jochen Homann, soll neuer Präsident



Jochen Homann Foto: Bruns

der Bundesnetzagentur werden. Der Beirat der Wettbewerbsbehörde folgte gestern dem Drängen von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und nominierte den 58-jährigen Diplom-Volkswirt als Nachfolger für Amtsinhaber Matthias Kurth.

ThyssenKrupp verkauft Traditionswerft Blohm + Voss

Londoner Beteiligungsfirma übernimmt Jachtbau, Reparaturgeschäft und Maschinenbausparte

Essen/Hamburg. Deutschlands Traditionswerft Blohm + Voss wird britisch: Der Stahlkonzern ThyssenKrupp verkauft fast das komplette Unternehmen an die Londoner Beteiligungsfirma Star Capital Partners. Betroffen sind rund 1500 Arbeitsplätze. Doch versprach der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp MarineSystems, Hans Christoph Atzpodien, gestern: »Die Arbeitsplätze sind sicher. Sonst hätten wir diese Transaktion nicht gemacht.«

Die Investoren übernehmen sowohl den Jachtbau als auch das Reparaturgeschäft und die Maschinenbausparte des norddeutschen Unternehmens, wie ThyssenKrupp mitteilte. Im Besitz von Thyssen-

Krupp bleibt lediglich die auf den Marineschiffbau spezialisierte Blohm + Voss Naval. Das Unternehmen muss allerdings künftig ohne eigene Werftkapazitäten auskommen. Der Kaufvertrag wurde bereits am Sonntag unterschrieben.

Blohm + Voss ist eine der traditionsreichsten Werften Deutschlands. Dort liefen unter anderem das deutsche Segelschulschiff »Gorch Fock« und das Schlachtschiff »Bismarck« vom Stapel. Erst kürzlich wurde in der Werft der Luxusliner »Queen Mary 2« wieder auf Vordermann gebracht.

Gegründet wurde das Unternehmen 1877 von Hermann Blohm und Ernst Voss. Seit 2005 gehörte die Tradi-



150 Arbeitsplätze sind von dem Verkauf betroffen. Foto: Warmuth

tionswerft zum Werftenverbund ThyssenKrupp Marine Systems. Die verkauften Sparten erzielten zuletzt zusammen einen Umsatz von knapp 500 Mio. Euro. Der Kaufpreis

beläuft sich nach Angaben aus Unternehmenskreisen auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

Der mit Milliardenverlusten kämpfende Essener Stahlkon-

zern zieht sich damit komplett aus dem zivilen Schiffbau zurück und konzentriert sich nur noch auf das Geschäft mit U-Booten und Überwasser-Marineschiffen mit zusammen rund 3700 Mitarbeitern. Im Konzern bleiben deshalb der U-Bootbauer HDW und die auf Überwasser-Marineschiffe spezialisierte Blohm + Voss Naval sowie eine auf den Marineschiffbau spezialisierte schwedische Werft.

Bei den Arbeitnehmern weckte der Verkauf trotz aller Zusicherungen von ThyssenKrupp Sorge um die Arbeitsplätze. Die IG Metall forderte auch vom Käufer der Traditionswerft ein klares Bekenntnis zu den norddeutschen Standorten des Unternehmens.